

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Bestellungen und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (bei Haus 2 RM, (halbjährlich 10 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2, / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 696, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schiffverteilung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gestaltete Anzeigenzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restameile anschließend an den dreifachen Teil einer Zeile 1,25 RM, zweizeiligen-Anzeige wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Freitag, den 3. Juni 1927

Nummer 128

Regierungskrise in Sachsen

Rücktritt der Minister

Die Verhandlungen über Umbildung der Regierung gescheitert

Seit einigen Tagen führten die Regierungsparteien mit den Deutschnationalen Geheimverhandlungen über die Neubildung der sächsischen Regierung. Bekanntlich hatten die Parteien eine Abmachung getroffen, nach der am 1. Juni eine neue Regierung gebildet werden sollte. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen und abgebrochen worden. Die Regierungsparteien geben über diese Verhandlungen folgendes bekannt:

„Die Verhandlungen mit den Deutschnationalen haben zu keiner Einigung geführt, da die Deutschnationalen ihre Forderung über das am 11. Januar d. J. vereinbarte hinaus erweiterten. Infolgedessen werden die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Demokraten ihre Minister verlassen, den Herrn Ministerpräsidenten um ihre Entlassung zu bitten.“

Seit einigen Tagen führten die Regierungsparteien mit den Deutschnationalen Geheimverhandlungen über die Neubildung der sächsischen Regierung. Bekanntlich hatten die Parteien eine Abmachung getroffen, nach der am 1. Juni eine neue Regierung gebildet werden sollte. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen und abgebrochen worden. Die Regierungsparteien geben über diese Verhandlungen folgendes bekannt:

„Die Verhandlungen mit den Deutschnationalen haben zu keiner Einigung geführt, da die Deutschnationalen ihre Forderung über das am 11. Januar d. J. vereinbarte hinaus erweiterten. Infolgedessen werden die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Demokraten ihre Minister verlassen, den Herrn Ministerpräsidenten um ihre Entlassung zu bitten.“

Seit einigen Tagen führten die Regierungsparteien mit den Deutschnationalen Geheimverhandlungen über die Neubildung der sächsischen Regierung. Bekanntlich hatten die Parteien eine Abmachung getroffen, nach der am 1. Juni eine neue Regierung gebildet werden sollte. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen und abgebrochen worden. Die Regierungsparteien geben über diese Verhandlungen folgendes bekannt:

„Die Verhandlungen mit den Deutschnationalen haben zu keiner Einigung geführt, da die Deutschnationalen ihre Forderung über das am 11. Januar d. J. vereinbarte hinaus erweiterten. Infolgedessen werden die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Demokraten ihre Minister verlassen, den Herrn Ministerpräsidenten um ihre Entlassung zu bitten.“

lungnahme gegen die Massen der Werktätigen in Sachsen. Nachdem diese Verhandlungen gescheitert sind, schlagen die Deutschnationalen selbst weitere Verhandlungen vor. Die Nachrichten schreiben: „Der Zwang der eigentümlichen Parteierhältnisse ist in Sachsen jedenfalls so hart, die Lösungsmöglichkeiten so sehr auf einen einzigen Weg gedrängt, daß die Parteien notwendig wieder an den Verhandlungstisch gedrängt werden müßten, den sie soeben verlassen haben.“

Am Zusammenhang mit diesem Ausgang der Verhandlungen der Regierungsparteien ist es angebracht, auf das Koalitionsangebot der Sozialdemokraten durch die Dresdner Volkszeitung hinzuweisen. Zeigte doch dieses Angebot, daß die SPD, mindestens ein Teil der Führer derselben, schon jetzt bereit ist, in Sachsen in eine Koalition, ähnlich dem preussischen Muster, einzutreten. Wo können auch noch große Bedenken herkommen, nachdem auf dem Kieler Parteitag die „Linken“ dem Helben von Preußen dem ehemaligen Minister Seuring, zugestimmt haben. Die sozialdemokratischen Führer sind in Sachsen absolut bereit zum Verrat der Arbeiterinteressen. Wenn sie jetzt noch zögern, so nur deswegen, weil der Druck der oppositionellen sächsischen Arbeiter sie hindert, mit fliegenden Fahnen in die Koalition einzutreten. Grundtägliche Bedenken hat es ja bei dieser Führerschaft in dieser Frage nie gegeben. Ihre Taktik dabei ist nur darauf abgestellt: wie halten wir die Arbeiter bei der Partei, werden wir den Arbeitern die Beteiligung an einer Koalition in Sachsen begreiflich machen können? Aus dem Angebot zur Koalitionsüber-

teilung geht aber klar hervor, daß die sozialdemokratische sächsische Führerschaft auch jetzt nicht daran denkt, einen ernsthaften Kampf um die Landtagsauflösung zu führen. Die gelinde Korrektur, die an dem Koalitionsangebot zwei Tag später in der Volkszeitung durch die jaghafte Umdeutung der Entscheidung der Wähler gemacht wurde, ist nicht ernst zu nehmen. Die Auflösung des Landtages erfordert eine starke Steigerung des Massenandrucks, insbesondere starke außerparlamentarische Aktionen. Nun hatte ja zwar Edel auf dem Parteitag in Dresden eine Resolution annehmen lassen, in der außerparlamentarische Aktionen gefordert wurden. Nachdem aber auf dem Kieler Parteitag der Parteivorstand den Sachsen das Ziel verdröhnen und ihre Resolution in den Papierkorb geworfen hat, wird sich auch wohl Edel nur noch mit Angst und Grauen seiner Wiffsetat erinnern und bestrebt sein, die Forderungen dieser Resolution vergessen zu machen und dieselben in die Parteivorstandspolitik zu überlegen.

Das akute Stadium der Regierungskrise stellt jetzt die Frage offen: sind die sächsischen Führer gewillt, ihre eigene Forderung durchzuführen oder werden sie folgliche Knaben des Parteivorstandes sein? Da sie bestimmt auf eine Anwendung außerparlamentarischer Aktionen verzichten, nur im Landtag ein parlamentarisches Mandat anstreben, ergibt sich schneller, als wie diese „Linken“ wohl selbst geglaubt hatten, die Demasierung ihrer Phrasologie vor der gesamten Arbeiterchaft. Die kommunistische Partei führt den Kampf um die Auflösung des Landtages. Wir erachten den schärfsten Massenandruck für schnellstens einzuwickelnde Maßnahmen. Wir fordern alle Arbeiter in Betrieb und Werkstatt auf, zu der Lage in Sachsen Stellung zu nehmen; aus jeder Zusammenkunft muß die Forderung nach Beilegung dieses Landtages ertönen.

Moskaus Antwort

Rede Rykows / Der Moskauer Sowjet gegen die Kriegstreiber

Moskau, den 2. Juni 1927. (Tel.-Ag. Inprekorr.)

Nach Entgegennahme des Beschlusses des Vorstehenden des Rates der Volkskommissare, Genossen Rykow, über die internationale Lage der Sowjetunion nahm das Plenum des Moskauer Sowjets eine Resolution an, worin es sich um die Erhaltung des Friedens und den Schutz der Interessen der Werktätigen der Sowjetunion gerichtet und billigt. Angeachtet aller provokatorischen Ausfälle der „Lichtgötter“, Hils und Chamberlains ist die Sowjetregierung darauf nicht eingegangen und hat es verstanden, gebührenden Widerstand zu leisten. Das Plenum des Moskauer Sowjets, gemeinsam mit den werktätigen Massen der Sowjetunion, mit den kriegsmüden Arbeitern der ganzen Welt, mit allen unterdrückten Massen der Welt, mit allen Völkern, lehnt den von der Regierung Großbritannien ausgeführten Bruch des Handelsabkommens und aller bisherigen diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion als einen neuen Schritt ein, der vom Klassenhaß zum ersten proletarischen Staat diktiert wurde. Mit Hilfe des gefälligen Sinowjew-Briefes zur Macht gelangt, führte die konterrevolutionäre Regierung Großbritanniens gegen die Sowjetunion die ganze Zeit eine herausfordernde und provokatorische Politik, ohne auch nur einen Augenblick von den Verbrechen abzulassen, die konterrevolutionäre Einheitsfront der kapitalistischen Staaten gegen die Sowjetunion, die schon durch die Tatsache ihres Bestehens und durch die Fortschritte ihres sozialistischen Aufbaues zur Basis der proletarischen Weltrevolution wurde, zu schaffen. Die gesamte Periode der Liquidierung der Folgen des imperialistischen Weltkriegs war und ist zugleich eine Periode der internationalen Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege, in erster Reihe des Krieges gegen die Sowjetunion, von Seiten der kapitalistischen Regierungen und ihrer Palaten aus der Zweiten Internationale. Der Haß gegen die Sowjetunion ist gerade deshalb so stark, weil sie das größte Hindernis für die räuberischen Absichten der Imperialisten ist, an deren Spitze die konterrevolutionäre Regierung Großbritanniens steht.

Vor der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen der ganzen Welt ruft wiederum die Gefahr eines noch niedrigeren Verrats von Seiten der offiziellen Sozialdemokratie und der Amsterdamer Internationalen.

Das Plenum des Moskauer Sowjets glaubt, daß die Kriegsgefahr die Anspannung der Kräfte des Proletariats und der Bauernschaft an der Wirtschaftskrise und besondere Wachsamkeit und energische Standschäftigkeit zur Vorbereitung des Schutzes des Landes verlangt. Angeachtet dieses Gefahr darf es keine Nachlässigkeit, Unwirtschaftlichkeit und Schlappheit geben. Das Plenum des Moskauer Sowjets ruft die werktätigen Massen Moskaus und des Moskauer Gouvernements auf, als Antwort auf die letzte Herausforderung der englischen Diebards ihre Anstrengungen zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu verstärken, den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau zu verstärken, noch angestrengter am sozialistischen Aufbau in anderen Ländern zu arbeiten, die Bande der internationalen Solidarität der Proletarier und der

Unterdrückten aller Länder noch weiter zu festigen und schließlich die Kampfbereitschaft der Roten Armee alleinig zu verjahren und die Bereitschaft zur entschlossenen Abwehr gegen jeglichen Versuch der Imperialisten, die Sowjetunion zu überfallen, zu steigern.

Das Plenum des Moskauer Sowjets behandelt im Namen der Werktätigen Moskaus keine Beschlüsse als Maßnahmen der Sowjetregierung zu unterstützen, die auf den entscheidenden Schatz des ersten Landes der Diktatur des Proletariats hinzielen.

Das Plenum des Moskauer Sowjets billigt resolut den Beschluß des Rates der Volkskommissare, sämtliche Export- und Importoperationen in jene Länder zu versetzen, mit denen wir normale Wirtschaftsbeziehungen pflegen und die unteren Wirtschaftsorganen gezielte Garantien für die unbehinderte planmäßige Arbeit bieten.

Als Antwort auf die Bedrohung unierer Sowjetunion mit der wirtschaftlichen Blockade ruft das Plenum des Moskauer Sowjets das Proletariat und die Bauernschaft Moskaus und des Moskauer Gouvernements, sowie das Proletariat und die Bauernschaft der ganzen Union auf, einen mächtigen finanziellen Selbstschutz zu organisieren, durch die etnatische Unterstützung bei der Realisierung der Staatsanleihen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Das Plenum des Moskauer Sowjets lehnt jeden Hammen des imperialistischen Grub den Werktätigen Chinas, die heldenmütig um ihre Befreiung ringen, und ruft die Proletarier aller Länder auf, angeht die neuen Gefahr eines imperialistischen Gemwells zwischen dem Frieden zu sichern und dem neuen Versuch, dem Volkwert der proletarischen Weltrevolution, der Sowjetunion einen verachtenden Schlag zu verleißen, den größten Widerstand entgegenzusetzen.

Moskau, den 2. Juni 1927.

Das Plenum des Moskauer Sowjets nahm nachstehende Ergänzung zu seiner Resolution über die internationale Lage der Sowjetunion an:

Das Plenum des Moskauer Sowjets erachtet, daß die Sowjetregierung solange feierlich auf die Regelung materieller Ansprüche britischer Staatsangehöriger zur Brüfung entgegennehmen darf, bis die vollständigen diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien wiederhergestellt worden sind und bis die britische Regierung hinreichende Garantien für alle der Sowjetunion durch die Handlungen der konterrevolutionären Regierung zugefügten Verletzungen und materiellen Schäden gegeben haben wird.

Die Ergänzung zur Resolution wurde von Delegierten des Plenums eingebracht.

Schließung der russischen Häfen für englische Schiffe

Riga, 2. Juni.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist auf Vererbung des Krieges und Revolutionarates der Hafen Wladivostok für den Anlaufen englischer Schiffe geschlossen worden. Hattlich die Schließung sämtlicher russischer Häfen für englische Schiffe bekräftigt.